

DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 37. JG. Heft 4 | 2024

Lothar Probst

Zeitenwende bei den Grünen

Schrumpfkur einer vormals erfolgreichen Bündnispartei

Der Ausgang der Europawahl 2019 stellte eine Zäsur im Parteiensystem der Bundesrepublik dar. Die Grünen waren damals im Begriff, sich als zweitstärkste Kraft im Parteiensystem zu etablieren und zum eigentlichen Konkurrenten der Unionsparteien zu werden. Sie wurden bei der Europawahl nicht nur in ihren Hochburgen, den urbanen Zentren, stärkste Partei, sondern konnten auch in ländlichen Regionen deutlich zulegen. Zudem sprach die Wählerwanderung zu den Grünen für sich: 1,25 Millionen Stimmen von der SPD, 1,1 Millionen von der CDU, 610.000 von der Linken und 480.000 von der FDP (vgl. Probst 2020: 103). Auch in ehemals konservativen bzw. wirtschaftlich prosperierenden Flächenländern wie Bayern und Baden-Württemberg waren sie damals erfolgreich, während die SPD hier zu einer marginalen politischen Kraft wurde. Darüber hinaus waren sie auf Landesebene in elf verschiedenen Koalitionen mit einer bunten Farbpalette vertreten. Diese Entwicklung sprach dafür, dass die Grünen keine Partei des klassischen linken Lagers mehr waren, sondern dass sie eine „neue“ Mitte repräsentieren, die sowohl an progressiv-christliche, konservative, linke und liberale Milieus als auch an unterschiedliche parteipolitische Bündnisstellungen anschlussfähig ist. 58 Prozent der Wählerinnen und Wähler der CDU haben damals in einer Umfrage von Infratest Dimap erklärt, dass sie die Grünen für eine „moderne, bürgerliche Partei“ halten.

1 Die Grünen heute: ein Schatten früherer Höhenflüge

In den gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen sind die Grünen jedoch nur noch ein Schatten ihres damaligen Höhenfluges. Schon bei der letzten Bundestagswahl 2021 sind sie mit der Kanzlerkandidatur von Annalena Baerbock grandios gescheitert und auf ihr eigentliches Maß zurückgestutzt worden. Nach den erfolgreichen Landtagswahlen im Frühjahr 2022 in Schleswig-Holstein und NRW, die beide in Regierungsbeteiligungen mit der CDU mündeten, fand die letzte für die Grünen

halbwegs erfolgreiche Wahl auf Landesebene im Oktober 2022 in Niedersachsen statt. Seitdem haben die Grünen bei allen nachfolgenden Wahlen deutlich Federn lassen müssen und an Einfluss verloren, u.a. in Berlin, Bremen, Hessen und Bayern. In Hessen hat die CDU sie vor die Tür gesetzt, und bei der Europawahl im Mai 2024 sind die Grünen auf ein Ergebnis von 11,9 Prozent abgestürzt.

Ein weiteres Desaster waren die Ergebnisse bei den Landtagswahlen im Herbst 2024 in Ostdeutschland. In zwei der drei ostdeutschen Bundesländer sind die Grünen bei diesen Wahlen komplett aus dem Landtag verschwunden, außerdem haben sie ihre Regierungsbeteiligung in Thüringen und Sachsen verloren. Wie konnte es innerhalb von nur zwei Jahren zu dieser beispiellosen Schrumpfkur kommen?

Die Jahre vor der Europawahl 2019 waren von zwei für die Grünen günstigen Voraussetzungen geprägt: Mit Fridays for Future hatte sich eine neue junge Ökologiebewegung zu Wort gemeldet, die das Thema „Umweltkrise“ ganz oben auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt hatte. Zugleich hatten die Grünen mit Robert Habeck und Annalena Baerbock zwei neue Vorsitzende gewählt, die als kongeniales Führungsduo nicht nur einen neuen Führungsstil etablierten, sondern auch einen neuen Sound in die Öffentlichkeit trugen: weg vom Image der belehrenden Besser- und Verbotspartei hin zu einer Partei, die sich offen und nicht selbstgerecht den Problemen in der Bundesrepublik stellt und nach Lösungen sucht (vgl. Habeck/Baerbock 2020). Mit dieser Strategie, die mit dem Begriff der Bündnispartei umschrieben wurde, öffneten sie die Grünen für neue Wählerschichten in der Mitte der Gesellschaft, was zu einem phänomenalen Ergebnis bei der damaligen Europawahl beitrug (Probst 2020: 103f.).

2. Die Ampel

Der Eintritt in die Bundesregierung nach einem enttäuschenden Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2021 (vgl. Probst 2024) markiert einen ersten Wendepunkt in der weiteren Entwicklung der grünen Partei. Das anfängliche „Beschnuppern“ der drei programmatisch ungleichen Koalitionsparteien ging relativ schnell in eine Phase von Konflikten und gegenseitigen Schuldzuweisungen über, wobei insbesondere „grüne“ und „gelbe“ Vorstellungen von der Regierungsarbeit sich aneinander rieben. Im Laufe der Zeit setzte sich in der Öffentlichkeit immer mehr der Eindruck durch, dass die Koalition mehr gegeneinander arbeitet als miteinander, zumal die FDP sich oft als Opposition in der Regierung aufspielte.

Ein zweiter Wendepunkt war der durchgestochene Entwurf des sogenannten „Heizungsgesetzes“ (oder, wie es richtig heißen muss, des Gebäudeenergiegesetzes), der – verstärkt durch die Opposition

und allerlei Lobby-Verbände – den Menschen den Eindruck vermittelte, dass die Grünen und ihr Wirtschaftsminister die Bürger und Bürgerinnen zwingen wollen, ihre (noch) funktionierenden Heizungen auszutauschen. Auf diese Weise gelang es, die Grünen erneut als realitätsfremde Ideologen und als Verbotspartei an den Pranger zu stellen.

Es folgte kurze Zeit später die Diskussion um das von der grünen Frauen- und Familienministerin Lisa Paus angekündigte Gesetz für eine Kindergrundsicherung, welches von der FDP, der CDU und großen Teilen der Medien auseinandergenommen wurde, weil es mit immensen Kosten und dem Aufbau einer umfangreichen Bürokratie verbunden war. Beide Gesetze waren der Auftakt für eine beispiellose orchestrierte Kampagne gegen die Grünen, die von der AfD, CDU und CSU, Teilen der FDP und der Medien sowie inzwischen auch vom Bündnis Sarah Wagenknecht befeuert wurde und wird. Die Verdienste des grünen Wirtschaftsministers Robert Habeck bei der Sicherstellung der Energieversorgung nach dem Wegfall des billigen russischen Erdgases und Erdöls zählten schließlich nichts mehr, als es um die Abschaltung der letzten Atomkraftwerke ging, die von der schwarz-gelben Regierung 2011 beschlossen worden war.

Im Vordergrund standen nicht nur die handwerklichen Fehler bei der Gestaltung der grünen Gesetzesentwürfe, sondern den Grünen wurde moralische Überheblichkeit und ideologische Besserwisserei unterstellt. Der stellvertretende Chefredakteur der ZEIT, Bernd Ulrich, schrieb in diesem Zusammenhang: „Grünen-Bashing ist zum politischen Volkssport geworden. Am Umgang mit der Partei zeigt sich der Verfall unserer politischen Kultur.“ Und weiter: „Spätestens seit der Schlacht um das Heizungs-gesetz im Sommer 2023 ist die Partei und alle, die ihr zugerechnet werden, zur Projektionsfläche einer immer weiter eskalierenden politischen Aggression geworden, bei der alle anderen Parteien mitmachen, wenngleich in unterschiedlichen Nuancen. Die Grünen sind Hauptgegner, Sündenbock, Zielscheibe, Watschenmann, Strohfrau, sie werden beschimpft, verachtet, bedroht und lächerlich gemacht, gegen sie gewinnen andere Parteien, oft auch mit Lügen und Unterstellungen, Wahlkämpfe oder reden sich das zumindest ein“ (Bernd Ulrich 2024).

Aber es wäre zu einfach, die Schuld für die gegenwärtige Misere der Grünen hauptsächlich bei den Mitbewerbern und der Öffentlichkeit zu suchen. Die Grünen haben selbst kräftig daran mitgewirkt, dass sie in großen Teilen der Öffentlichkeit aufs Abstellgleis geschoben wurden. Nicht nur die vermurksten Gesetzesentwürfe zum Gebäudeenergiegesetz und zur Kindergrundsicherung, sondern auch Äußerungen aus der grünen Partei zu Migrationfragen und zur inneren Sicherheit haben große Teile der Öffentlichkeit verunsichert und dazu beigetragen, den Grünen das Vertrauen zu entziehen.

Die Migrationspolitik gehört seit den Anfängen zur DNA der Grünen und ist identitätspolitisch bei vielen Mitgliedern hoch besetzt. Mehrfach führte die Auseinandersetzung über dieses Thema zu heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen. Auf dem Parteitag 2023 in Karlsruhe hätte es die Führungsriege der Grünen Jugend im Bündnis mit altlinken Strömungen beinahe geschafft, die Grünen aus der Regierung zu katapultieren. Statt die Leistung der grünen Amtsträgerinnen und -träger, unter schwierigen Bedingungen Kompromisse zu schließen und trotzdem grünen Überzeugungen treu zu bleiben, zu würdigen, wurden sie in mehreren Beiträgen als prinzipienlose „Verräter“ gebrandmarkt.

Überhaupt ist der Kompromiss, Essenz jeder Demokratie, für viele Mitglieder der Grünen Jugend per se Verrat. Dafür steht beispielhaft die Migrationspolitik. Dass auch grüne Bürgermeister nicht mehr wissen, wo sie Flüchtlinge unterbringen sollen, dass überall Wohnraum fehlt, der auch mit mehr Geld nicht herbeigezaubert werden kann, dass die EU ein elementares Interesse am Schutz seiner Außengrenzen hat, dass der innergesellschaftliche Friede bedroht ist, wenn Menschen die nicht abreißende Zuwanderung als Kontrollverlust empfinden und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates verlieren, interessiert sie nicht. In der krampfhaften Abgrenzung von den Positionen der AfD und CDU/CSU übersehen sie, dass sich das gesellschaftliche Klima in dieser Frage fundamental verändert hat.

Jede Partei, die Regierungsverantwortung trägt, braucht ein Korrektiv, um nicht im Pragmatismus zu ersticken. Und es ist das legitime Privileg der Jugendorganisation einer Partei, radikaler als diese an die selbstgesteckten Ziele zu erinnern. Gefährlich wird es jedoch, wenn die Jugendorganisation im Bündnis mit anderen linken Kräften den Kurs der Partei bestimmen will. Statt Allianzen und Brücken zu anderen Strömungen und gesellschaftlichen Milieus zu bauen, wie es das Konzept der Bündnispartei vorsah, rückten andere Parteien aufgrund solcher Positionen von den Grünen ab und kündigten – wie in Hessen – gemeinsame Koalitionen auf, weil sie ihren Wählerinnen und Wähler nicht länger die Zusammenarbeit mit einer Partei zumuten wollten, die an der Realität vieler Menschen vorbei agiert.

Die Öffnung zur Mitte der Gesellschaft, die Abkehr vom Gestus der Besserwisserie, die Bereitschaft, die Realität wahr- und anzunehmen sowie auf dieser Basis Allianzen mit anderen zu schließen – diese Tugenden, die die Parteispitze um Habeck und Baerbock bei ihrer Wahl zum Programm erhoben hatte und mit der sie bei der Europawahl 2019 erfolgreich war, hat die Führungsspitze der Grünen Jugend immer wieder torpediert. Ihr Rücktritt und Austritt aus der Partei war vor diesem Hintergrund nur konsequent.

Befeuert wurde das Thema Migration des Weiteren durch islamistische Anschläge wie 2024 in Mannheim, begangen durch einen Flüchtenden, der aus bisher nicht geklärten Gründen nicht abgeschoben wurde. Während die Parteiführung sich bemühte, einer Relativierung und Verharmlosung solcher Anschläge entgegenzutreten, waren die Positionen in der Partei, nicht nur bei der Grünen Jugend, von einer verstörenden Vielstimmigkeit geprägt. Vielen ging es in erster Linie darum, vor einer Instrumentalisierung solcher Vorfälle durch AfD und die Konservativen zu warnen.

Ähnliche widersprüchliche Signale gab es auch schon bei der grüninternen Klärung der Frage, wie man zur Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik (GEAS) steht. Während die grüne Parteiführung als Teil der Bundesregierung der GEAS im Rat der Europäischen Union zustimmte, votierten die deutschen grünen Abgeordneten im Europaparlament dagegen. Dieses unterschiedliche Echo aus der grünen Partei stieß nicht nur bei bürgerlichen Wählerinnen und Wählern, die die Grünen noch bei der Europawahl 2019 erfolgreich umworben hatten, auf Ablehnung, sondern auch bei einem Teil der robusten grünen Stammwählerinnen und -wähler. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Grünen in den Umfragen verloren haben und sich auf die 10 Prozentmarke zubewegen.

3 Was tun?

Was müsste sich ändern, damit die Grünen wieder Tritt fassen und dem Bashing der politischen Mitwerber etwas entgegensetzen können? Die neue Führungsspitze nach dem Rücktritt des bisherigen Bundesvorstandes muss sich zuvorderst um Abstimmung und Einklang zwischen den vier Kabinettsmitgliedern, Fraktion und Partei bemühen. Wenn sich die Grünen außerdem nicht darauf beschränken wollen, ihre Kernwählerschaft zu halten, müssen sie einen neuen Anlauf zur Rückgewinnung der gesellschaftlichen Mitte unternehmen. Dazu gehört vor allem eine andere, akzeptierende Klimapolitik.

Gesetzesvorschläge sollten nur dann in den Bundestag eingebracht werden, wenn sie technisch sowie personell umsetzbar und mit finanzieller Unterstützung für alle sozial machbar sind. Des Weiteren sollten die Grünen andere Lebensweisen nicht verächtlich machen und keinen Kulturkampf gegen das Autofahren führen. Immer noch sind viele Menschen auf dem Land auf das Auto angewiesen, und der ÖPNV ist dort keine Alternative. Es geht nicht um einen Kulturkampf gegen das Auto, sondern um die Förderung anderer, ökologisch sinnvoller Mobilitätsformen.

Um wieder anschlussfähig an den Diskurs der Mitte zu werden, müssen die Grünen ihre Haltung zur Migrationspolitik überdenken. Eine Mehrheit der Deutschen ist für das geltende Asylrecht, vor allem, wenn es um die Aufnahme von Kriegsflüchtenden geht. Die bisherige Position der offenen Grenzen,

wie sie in weiten Teilen der Partei vertreten wird, findet dagegen kaum Unterstützung. Das grüne Hin und Her um die Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und -bewerber oder die immer neuen Verweise auf die Umsetzungsprobleme bei der Abschiebung werden den Grünen als durchsichtiger Versuch ausgelegt, ihre Position der offenen Grenzen aufrecht zu erhalten. Zu einer realitätsbezogenen Migrationspolitik gehört die Anerkennung der Probleme, die sie verursacht, u.a. durch islamistische Gefährder oder durch Personengruppen aus dem Maghreb, die durch ihr kriminelles Verhalten auffallen.

Schließlich fallen Grünen immer wieder dadurch auf, dass sie der Ausgrenzungsstrategie konservativer Kreise ihrerseits durch eine Ausgrenzung der CDU begegnen. Nicht nur während des Europawahlkampfes war der „Kampf gegen Rechts“ eines der Hauptmotive der grünen Wahlkampagne. Dabei wurde nicht zwischen „rechts“ und rechtsextrem unterschieden, sondern CDU und AfD wurden oft im gleichen Atemzug benannt. Durch solche Positionen tragen die Grünen selbst zu der Polarisierung bei, die sie ansonsten beklagen. Nicht zuletzt täten sie gut daran, ihre sozialpolitischen Vorstellungen zu überdenken. Es geht nicht um immer mehr Ausgaben für sozialpolitische Wunschvorstellungen, sondern um den Ausbau der sozialen Infrastruktur. Hilfe muss sich auf die konzentrieren, die auf Hilfe angewiesen sind.

Auch demographische Veränderungen können in diesem Zusammenhang nicht einfach ignoriert werden. Schließlich hängt die gesellschaftliche Akzeptanz der historisch hohen Sozialausgaben davon ab, dass das Gerechtigkeitsempfinden gerade der nichtprivilegierten Menschen respektiert wird. Hilfe zur Selbsthilfe sollte deshalb die Richtschnur sein. Das schließt auch die Forderung nach Gegenleistungen für empfangene Hilfe mit ein.

Noch haben die Grünen Zeit und Gelegenheit, um die Weichen für den Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr neu zu stellen. Ob sie mit den skizzierten Änderungen ihrer Politik Erfolg haben werden, hängt allerdings auch davon ab, ob es ihnen gelingt, der konzertierten Aktion gegen sie etwas entgegenzusetzen. Solange eine Allianz von AfD über CDU/CSU und FDP bis BSW ihre Kampagne gegen die Grünen fortsetzt, werden sie es schwer haben, bei der Bundestagswahl 2025 an die Erfolgsergebnisse früherer Jahre anzuknüpfen.

Lothar Probst, Prof. em., Dr. phil., ehemaliger Leiter des Arbeitsbereichs Wahl- und Parteienforschung am Institut für Politikwissenschaft der Uni Bremen. E-Mail: probst@uni-bremen.de

Literatur:

Robert Habeck/Annalena Baerbock 2020: Nur ein geschlossenes Weltbild kennt keine Widersprüche. In: DIE ZEIT vom 15. Oktober 2020, S. 7.

Lothar Probst 2020: Der Griff nach dem Zentrum der Macht. Die Grünen als Bündnispartei. In: Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Heft 4, S. 103-111.

Lothar Probst 2024: Volksparteien und ihre Alternativen: Der Wandel europäischer Parteiensysteme. In: Jahrbuch politisches Denken (Hg. Hans-Christof Kraus et al.)(i.E.)

Bernd Ulrich 2024: Die Grünen – Es ist nicht ihre Schuld, In: DIE ZEIT vom 8. Januar 2024, S. 1.